

Mehr Markt wagen - Für einen marktwirtschaftlichen Aufbruch in Europa

Markus Ferber, MdEP



Europa am Scheideweg

Europa steht an einem wirtschaftlichen Scheideweg. Der Draghi-Bericht vom September 2024 ist ein Weckruf: Er fordert einen strategischen Fahrplan, um die europäische Wirtschaft aus ihrer Lethargie zu führen und die Wettbewerbsfähigkeit wiederzubeleben. Mario Draghi benennt die zentralen Ursachen der Schwäche klar – eine wachsende Innovationslücke, hohe Energiepreise und eine anhaltende industrielle Stagnation. Europa braucht dringend marktwirtschaftliche Impulse, um seine wirtschaftliche Basis zu erneuern und den Wohlstand seiner Bürger langfristig zu sichern.

Tatsächlich stagniert das Wachstum seit Jahren, und das Produktivitätsniveau bleibt deutlich hinter den USA zurück. Während die Vereinigten Staaten ihre wirtschaftliche Dynamik in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich steigern konnten, ist die Lücke zwischen Europa und den aufstrebenden Volkswirtschaften kleiner geworden – ein alarmierendes Zeichen für den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig bestehen massive Investitionslücken: Um die europäischen Klima- und Digitalisierungsziele zu erreichen, wären bis 2030 Investitionen von rund 800 Milliarden Euro jährlich erforderlich. Doch der Kapitalfluss in Zukunftssektoren bleibt weit hinter dem Bedarf zurück. Hinzu kommen geringe fiskalische Spielräume, denn eine hohe Staatsverschuldung, auf die Wahrung der Finanzstabilität ausgerichtete Fiskalregeln und eine alternde Bevölkerung, die wachsende Sozialausgaben verursacht, engen den Handlungsspielraum der öffentlichen Haushalte weiter ein.

Die zentrale Herausforderung besteht daher darin, in Europa eine neue Wachstumsdynamik zu entfachen. Wachstum schafft nicht nur Wohlstand, sondern auch politischen Gestaltungsspielraum. Ohne wirtschaftlichen Aufschwung gibt es auch keine Verteilungsspielräume. Damit wird Politik automatisch zum Nullsummenspiel.

Dieses Papier skizziert in zehn Punkten eine Agenda, wie wir Europa und Deutschland wieder auf den Wachstumspfad zurückführen können.

1. Bürokratieabbau konsequent vorantreiben

Die Europäische Kommission hat mit den Omnibus-Paketen erste wichtige Schritte zum Abbau von Bürokratie und Berichtspflichten eingeleitet. Diese Initiativen sind ein gutes Signal, reichen aber bei Weitem nicht aus. Der **Bürokratieabbau** darf sich nicht nur auf die Reduktion von Berichtspflichten beschränken, er **muss weitergedacht werden**. Nötig ist eine umfassende Überprüfung des europäischen Regelwerks mit dem Ziel, auch materielle Vorschriften zu entschlacken, **Genehmigungs- und Prüfverfahren zu beschleunigen** und den gesamten EU-Acquis daraufhin zu prüfen, wo Regulierung vereinfacht oder gestrichen werden kann.

Mindestens ebenso wichtig wie das Streichen überflüssiger Vorschriften ist jedoch, neue Bürokratie gar nicht erst entstehen zu lassen. Zu oft führen gut gemeinte Initiativen zu übermäßig komplexen Verfahren, die Unternehmen und Verwaltungen lähmen. Deshalb

sollten Rechtsakte, deren Umsetzung sich als unverhältnismäßig oder unpraktikabel erweist - wie etwa die EU-Entwaldungsverordnung - konsequent zurückgezogen oder grundlegend überarbeitet werden. Europa braucht Mut zur Prioritätensetzung: **Nicht jede politische Idee muss in ein neues Regelwerk gegossen werden.**

Zugleich sollte das Prinzip der besseren Regulierung endlich ernst genommen werden. EU-Recht muss künftig dem **Grundsatz „One-In-One-Out“** folgen: Für jede neue Vorschrift sollte mindestens eine alte entfallen. Folgenabschätzungen müssen strikt angewendet und ihre Ergebnisse verbindlich berücksichtigt werden. Die Umsetzung von europäischem Recht muss praxisnah, digital und einheitlich erfolgen, damit Regeln in ganz Europa gleichermaßen wirken und nicht zu einem Flickenteppich nationaler Auslegungen führen.

2. Binnenmarkt vertiefen - Europas größtes Kapital endlich ausschöpfen

Der europäische Binnenmarkt ist das größte Erfolgsprojekt der Europäischen Union und bleibt zugleich ein weitgehend ungehobener Schatz. Drei Jahrzehnte nach seiner Gründung hat die EU zwar vieles erreicht, doch der Integrationsprozess ist ins Stocken geraten. In den vergangenen Jahren hat die Kommission den Mitgliedstaaten zu oft **nationale Sonderwege** durchgehen lassen, die das einheitliche Marktgefüge untergraben. Statt Fortschritte zu erzielen, wächst der Flickenteppich unterschiedlicher Regeln, Zulassungen und Standards.

Eine aktuelle Analyse des **Internationalen Währungsfonds (IWF)**¹ zeigt die Dimension dieses Problems eindrucksvoll: Innerhalb Europas sind die Handelskosten im Durchschnitt so hoch, als würde auf den Binnenhandel von **Waren** ein Zoll von **44 Prozent** erhoben. Im **Dienstleistungssektor** beträgt die zollähnliche Belastung sogar **bis zu 110 Prozent**.

Ein fragmentierter Binnenmarkt lässt enormes Potential ungenutzt. Die Kommission muss den **Binnenmarkt** deshalb **zur strategischen Priorität** dieser Legislaturperiode machen. Sie darf nicht länger zusehen, wie Mitgliedstaaten mit Sonderregeln, nationalen Standards oder Ausnahmen die Integration ausbremsen. Stattdessen braucht es den politischen Willen, Hindernisse aktiv zu beseitigen und den Binnenmarkt wieder zu einer echten Wachstumsmaschine zu machen.

Ein zentraler Hebel ist die konsequente **Vermeidung von „Gold-Plating“**. Nationale Zusatzanforderungen bei der Umsetzung europäischen Rechts verzerren den Wettbewerb und belasten Unternehmen, die grenzüberschreitend tätig sind. Die Europäische Kommission muss daher konsequent darauf achten, dass europäische Regeln **einheitlich und vollständig harmonisiert** angewandt werden. Im Zweifel muss auch häufiger zum Instrument der Verordnung als zur Richtlinie gegriffen werden.

Darüber hinaus sollte die EU ein **„28. Regime“** einführen, einen freiwilligen, einheitlichen europäischen Rechtsrahmen für Unternehmen. Einheitliche Regeln im Gesellschafts-, Steuer- und Insolvenzrecht würden die Gründung und wirtschaftliche Tätigkeit über Grenzen hinweg

¹ International Monetary Fund (IMF). 2024. Regional Economic Outlook for Europe: A Recovery Short of Europe's Full Potential. Washington, DC, October.

erheblich erleichtern. Ziel muss ein „großer Wurf“ sein, der den europäischen Markt für Unternehmen attraktiver macht und nicht in bürokratischen Details versandet.

Ein vollendeter Binnenmarkt wäre der stärkste Wachstumstreiber, den Europa hat. Er würde Innovation, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit fördern und damit die Grundlage für Wohlstand und Beschäftigung im 21. Jahrhundert sichern.

3. Ein vollendeter Binnenmarkt braucht einen integrierten Finanzmarkt

Ein echter Binnenmarkt kann nur funktionieren, wenn auch der europäische **Finanzmarkt integriert** ist. Heute ist das Gegenteil der Fall: Die europäische Finanzarchitektur ist zersplittert, ineffizient und teuer. Für viele große Unternehmen ist es deshalb attraktiver, sich über Drittstaaten zu finanzieren, für viele kleinere bleibt ausschließlich die Bankenfinanzierung

Das **zentrale Problem** liegt in der **Fragmentierung**: Zu viele Handelsplätze, zu viele Aufsichtsbehörden und zu wenig Liquidität. Laut Daten der europäischen Wertpapieraufsicht **ESMA**² gibt es in der EU **116 regulierte Märkte, 14 zentrale Gegenparteien (CCPs) und 32 Zentralverwahrer (CSDs)**. In den **USA** hingegen existieren lediglich **13 Börsen, fünf CCPs und drei CSDs**, obwohl der US-Kapitalmarkt um ein Vielfaches größer ist. Diese Zersplitterung verteuert Kapitalaufnahme und Handel erheblich und erschwert insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu Finanzierung.

Ein integrierter europäischer Finanzmarkt wäre ein entscheidender Hebel, um Kapital effizienter zu mobilisieren und in Produktivinvestitionen zu lenken. Die **kommende Initiative der Europäischen Kommission zur Marktintegration**, die genau diese Fragmentierung adressieren soll, muss deshalb ein großer Wurf werden.

4. Start-ups und Scale-ups: Wachstumschancen nutzen

Europa ist ein Kontinent kluger Köpfe, aber zu selten ein Kontinent erfolgreicher Gründer. Vielversprechende Start-ups entstehen hier, wachsen aber oft anderswo. Zu hohe Hürden, zu wenig Kapital und ein überregulierter Markt verhindern, dass junge Unternehmen in Europa ihr volles Potenzial entfalten können. Wer die europäische Innovationskraft stärken will, muss den Weg vom Start-up zum Scale-up erleichtern. Dazu braucht es weniger Bürokratie, besseren Finanzierungsbedingungen und echten Perspektiven für Wachstum.

Zentral ist es, die **Exit-Strategien für Gründer zu erleichtern**. Der Börsengang darf in Europa nicht länger die Ausnahme sein. Dafür braucht es eine europäische Tech-Börse, die speziell auf Wachstumsunternehmen zugeschnitten ist, sowie vereinfachte Bedingungen für Unternehmenskäufe und Fusionen. Grenzüberschreitende Übernahmen und

² ESMA (2024). ESMA statistics on securities and markets. ESMA50-164-3688

Zusammenschlüssen müssen steuerlich und administrativ unbürokratisch möglich sein. Gleichzeitig sollte eine **Börsennotierung attraktiv und praktikabel** bleiben: Wer an die Börse gehen will, darf davon nicht durch überzogene Berichtspflichten und zu hohe regulatorische Komplexität abgeschreckt werden.

Um die Innovationsdynamik zu stärken, braucht es auch besseren **Zugang zu Kapital**. Steuerliche Anreize für Business Angels und Venture-Capital-Investoren können privates Kapital mobilisieren. Gleichzeitig sollten europäische **Programme wie InvestEU oder der EIC-Fonds** gezielt aufgestockt und besser **für kleinere Unternehmen zugänglich gemacht werden**. Entscheidend ist, dass diese Instrumente private Finanzierung ergänzen, nicht verdrängen.

Schließlich muss Europa beim **Bürokratieabbau für Gründer** ernst machen. Start-ups brauchen Freiräume zum Ausprobieren, nicht Formulare und Genehmigungen. „**Regulatorische Sandkästen**“, vereinfachte Prüfverfahren für Pilotprojekte und reduzierte Berichtspflichten können helfen, Innovationen schneller zur Marktreife zu bringen. Wer will, dass europäische Ideen in Europa wachsen, muss den Unternehmergeist fördern. Das geht vor allem durch die Freiheit, Neues zu wagen.

5. Ein EU-Haushalt mit echtem europäischem Mehrwert

Der europäische Haushalt ist ein wichtiges Instrument, um gemeinsame Prioritäten voranzubringen, aber er darf kein Selbstzweck sein. Wenn Europa wieder wachsen will, muss jeder Euro, der in Brüssel ausgegeben wird, einen **klaren europäischen Mehrwert** schaffen. Der EU-Finanzrahmen sollte sich deshalb auf jene Bereiche konzentrieren, in denen gemeinsame Investitionen einen echten Zusatznutzen gegenüber nationalem Handeln bieten: **Forschung und Innovation, Verteidigung, Digitalisierung und grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte**. Nur dort, wo europäische Zusammenarbeit Synergien schafft, sollte europäisches Geld fließen. **Ziel ist** nicht, Umverteilung zu organisieren, sondern **Zukunftsinvestitionen anzuschieben**.

Mehr Fokus und Flexibilität im EU-Haushalt sind richtig - gerade in einer Welt, die immer schneller auf neue Herausforderungen reagieren muss. Aber diese Flexibilität darf nicht auf Kosten der demokratischen Kontrolle gehen. Europäische Haushaltsmittel müssen transparent eingesetzt und gegenüber Parlament und Öffentlichkeit klar begründet werden. Jeder neue Fonds, jede Initiative muss sich daran messen lassen, ob sie tatsächlich europäischen Mehrwert erzeugt oder nur bestehende nationale Programme ersetzt.

Eines ist klar: Der EU-Haushalt darf **kein in EU-Fahne gehüllter Länderfinanzausgleich** sein. Europa braucht keine dauerhafte Umverteilung, sondern eine Investitionsagenda, die Innovation, Wettbewerbsfähigkeit und Eigenverantwortung stärkt. Ein Haushalt, der auf Wachstum und Zukunft setzt, ist die beste Garantie für europäischen Zusammenhalt und für ein Europa, das seine Bürger überzeugt, weil es Ergebnisse liefert.

6. Ein modernes und prinzipienorientiertes Wettbewerbsrecht

Ein modernes Wettbewerbsrecht ist ein Grundpfeiler einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Es soll Innovation fördern, Effizienz belohnen und faire Marktbedingungen sichern. Doch in Europa droht die Wettbewerbspolitik immer stärker zur industriepolitischen Steuerung zu werden.

Europa braucht wieder mehr **Vertrauen in den Wettbewerb** und ein Wettbewerbsrecht, das diesen Anspruch unterstützt. Die **Fusionskontrolle** sollte so reformiert werden, dass leistungsfähige **europäische Leitunternehmen („EU-Champions“)** entstehen können, ohne dass dies automatisch als Bedrohung für den Wettbewerb gilt. Entscheidend ist nicht die bloße Marktgröße, sondern der tatsächliche **Wettbewerbsdruck**: Solange Zusammenschlüsse Innovation, Effizienz und globale Wettbewerbsfähigkeit fördern, sollten sie zugelassen werden. Dafür ist auch entscheidend, nicht nur die Wettbewerbssituation in Europa zu betrachten, sondern auch die globale Situation. Wenn europäische Unternehmen im globalen Wettbewerb stehen, muss der Weltmarkt der für die wettbewerbsrechtliche Überprüfung relevante Referenzmarkt sein und nicht nationale Teilmärkte. Wenn die Kommission es ernst meint mit der Idee einer stärkeren **Marktkonsolidierung**, etwa im Bereich der Finanzmarktinfrastuktur, muss sie diese Entwicklung **wettbewerbsrechtlich konstruktiv begleiten** statt behindern.

Gleichzeitig ist eine **Trendumkehr bei staatlichen Beihilfen und Subventionen** überfällig. In den letzten Jahren wurde der europäische Beihilferahmen immer weiter geöffnet, oft mit dem Argument der Krisenbewältigung oder der strategischen Autonomie. Doch diese Politik führt zu einem Subventionswettlauf zwischen Mitgliedstaaten, schwächt den Binnenmarkt und überfordert die Haushalte. **Beihilfen müssen wieder die absolute Ausnahme werden**, nicht die Regel.

Am Ende gilt: Der Standort Europa wird nicht durch immer neue Subventionen attraktiv, sondern durch **verlässliche, wettbewerbsfreundliche Rahmenbedingungen**.

7. Energiepreise senken durch Marktintegration und Infrastruktur

Hohe Energiepreise sind heute einer der größten **Wettbewerbsnachteile** für europäische Unternehmen. Europäische Unternehmen kämpfen mit strukturell höheren Kosten als die Konkurrenz in anderen Weltregionen. Ein zentrales Ziel der europäischen Wirtschaftspolitik muss es daher sein, die **Energiepreise senken** - und zwar durch mehr Markt, nicht durch immer neue Subventionen. Staatliche Eingriffe in die Preisbildung, wie sie während der Energiekrise erfolgten, können kurzfristig helfen, sind aber keine nachhaltige Lösung. Stattdessen muss Europa das **Angebot ausbauen**, Wettbewerbsverzerrungen abbauen und Marktsignale wirken lassen.

Ein entscheidender Schritt dabei ist **Vervollständigung des Energiebinnenmarkts**. Der europäische Strom- und Gasmarkt ist noch immer zu stark fragmentiert. Ziel muss eine vollständige Integration **der Energiemärkte** sein, bei der Energie dort produziert wird, wo sie

am günstigsten ist. Dazu braucht es nicht weniger, sondern mehr Marktintegration – durch gemeinsame Regeln, offenen Wettbewerb und weniger nationale Sonderwege.

Dazu gehört auch der beschleunigte Ausbau der **europäischen Energieinfrastruktur**. An den Grenzen hapert es noch immer: Interkonnektoren, Übertragungsnetze, LNG-Terminals, Pipelines und Wasserstoffverbindungen müssen mit Hochdruck ausgebaut werden. Hier muss auch die europäische Ebene Anreize setzen, damit grenzüberschreitende Projekte tatsächlich vorangebracht werden. Der europäische Energiemarkt darf kein Flickenteppich bleiben. Dafür braucht es durchgehende Netze und koordinierte Investitionen.

Ein weiterer Schlüssel ist die **Diversifizierung der Energieversorgung**. Die Abhängigkeit von einzelnen Lieferanten - wie im Falle Russlands - hat sich als strategischer Fehler erwiesen und darf sich nicht wiederholen. Gemeinsame Gasvorräte, koordinierte und gemeinsame Beschaffungen, der Aufbau zusätzlicher Lieferbeziehungen und das gemeinsame Management von dezentralen Stromspeicherlösungen können die Resilienz der europäischen Energieversorgung entscheidend stärken. Gleiches gilt für die Auswahl der **Energieträger**: hier sollte die Europäische Union auf **Technologieneutralität** setzen.

8. Emissionshandel stärken statt manipulieren

Der europäische Emissionshandel (EU-ETS) ist das zentrale Instrument einer marktwirtschaftlichen Klimapolitik. Er ist richtig ausgestaltet, das effizienteste System, um Emissionen zu senken. Sein Grundprinzip ist einfach: Wer CO₂ ausstößt, muss ein Zertifikat erwerben. Damit wird **Klimaschutz** dort betrieben, **wo er volkswirtschaftlich am günstigsten ist**. Unternehmen, die klimafreundlich produzieren, profitieren unmittelbar, während ineffiziente Verfahren langfristig aus dem Markt gedrängt werden. So entsteht durch Preissignale ein Anreiz, Innovationen zu entwickeln und in saubere Technologien zu investieren.

Damit dieser Mechanismus seine volle Wirkung entfalten kann, muss das **EU-Emissionshandelssystem konsequent marktwirtschaftlich genutzt werden**. Entscheidend ist, dass der CO₂-Preis verlässliche und stabile Signale sendet, auf die sich Unternehmen bei Investitionsentscheidungen verlassen können. Politische Eingriffe durch Preisdeckel, Zuschläge oder künstliche Untergrenzen oder die Zuführung oder Entnahme von Zertifikaten aus dem Markt untergraben dieses Prinzip und schaffen Unsicherheit. Stattdessen braucht es Planungssicherheit: Wer investiert, muss wissen, dass sich Investitionen langfristig auszahlen.

Gerade angesichts der deutlich höheren Energiepreise in Europa im Vergleich zu den USA kommt dem Emissionshandel eine Schlüsselfunktion zu. Ein funktionierender CO₂-Markt kann dazu beitragen, die Energiekosten langfristig zu senken, weil er Investitionen in CO₂-arme und zugleich wettbewerbsfähige Energieformen rentabel macht.

Statt also ständig am ETS herumzuschrauben, sollte die EU vor allem die **Rahmenbedingungen so setzen, dass die Transformation gelingt**: verlässliche Infrastruktur, offene Märkte, Zugang zu bezahlbarer Energie und ein Investitionsklima, das Unternehmergeist belohnt.

9. Forschung und Innovation: Europas Ideen müssen zu Ergebnissen werden

Europa verfügt über eine herausragende Forschungslandschaft. Doch was Europa in der **Forschung** stark macht, fehlt oft in der **Verwertung**: Zu selten werden wissenschaftliche Erkenntnisse in marktfähige Produkte, Dienstleistungen oder Unternehmen übersetzt.

Das europäische Forschungsrahmenprogramm muss daher weiterentwickelt und fokussiert werden. Die **Prozesse müssen verschlankt**, Antrags- und Prüfverfahren vereinfacht und der **bürokratische Aufwand deutlich reduziert** werden. Gleichzeitig braucht das Programm **mehr Flexibilität** bei der Schwerpunktsetzung, um auf neue technologische und gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können.

Die europäische Forschungspolitik sollte sich einerseits klar an gesamtgesellschaftlichen Zielen wie **Wettbewerbsfähigkeit und technologischer Souveränität** orientieren. Zugleich muss sie aber mit Blick auf die konkreten Projekte eine gewisse Offenheit bewahren. Weil sich Innovation nicht planen lässt, braucht das Programm weiterhin eine starke **forschergetriebene Komponente**, die Exzellenz und Kreativität belohnt.

Im nächsten Schritt ist es zentral, die **Verwertung von Forschungsergebnissen** zu verbessern, damit aus guter Forschung Wachstum und Fortschritt erwächst. Dazu braucht es bessere Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, funktionierende Transferstrukturen und Anreize für Forscher, ihre Erkenntnisse in den Markt zu bringen.

10. Fortschritt über eine Koalition der Willigen

Viele der skizzierten Punkte sind ambitioniert und werden sich über die Gemeinschaftsmethode nur schwer verwirklichen lassen. Die Erfahrung zeigt, dass in der Vergangenheit ambitionierte Vorhaben zu häufig an nationalen Vetos gescheitert sind oder man sich in jahrelangen Verhandlungen nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner verständigen konnte. Dies wird den Herausforderungen unserer Zeit jedoch nicht gerecht.

Wenn die EU in der Vergangenheit **wirklich vorangekommen** ist, lag das häufig daran, dass **einige Mitgliedstaaten die Initiative ergriffen** haben. Ob beim Schengen-Raum, beim Euro oder der Bankenunion: Fortschritt begann selten mit allgemeinem Konsens, sondern mit entschlossenen Vorreitern, denen andere später folgten.

Europa sollte diesen pragmatischen Ansatz wiederbeleben und **mehr Mut zu neuen Formaten** zeigen. Instrumente wie die **verstärkte Zusammenarbeit** oder gezielte, themenspezifische **Koalitionen der Willigen** können helfen, Blockaden zu überwinden und Projekte schneller umzusetzen. Wenn Lösungen funktionieren und Ergebnisse liefern, werden sich früher oder später weitere Mitgliedstaaten anschließen.